

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 14. März 1931

Nummer 21

Prinzipale auf dem Holzweg

(Schluß)

„Nicht einen Deut will die Arbeitnehmerschaft tragen, im Gegenteil, diese will sich, wenn ihren Anträgen bezüglich der Arbeitszeit gefolgt wäre, erhöhen, indem sie den Unterschied von Arbeitnehmern und Arbeitgebern tragen lassen will, d. h., erhöhten Stundenlohn beziehen will.“ Also verhöhrte „Gardt“ in Nr. 13 der „Zeitschrift“ die im Antrag unserer Vertreter auf Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zugunsten arbeitsloser Kollegen bekundete Opferbereitschaft der deutschen Buchdruckerarbeiter. Die Tatsache, daß die letzteren nach ihrem eignen Antrag freiwillig eine Senkung ihres bisherigen Wochenlohnes von erheblich mehr als 6 Proz. freiwillig auf sich nehmen wollten, aber nur um dem unangenehmen Glanz ihrer arbeitslosen Kollegen nach Möglichkeit ein Ende zu machen, verdreht dieser spekulative Zeitgenosse in die Absicht einer Bereicherung, weil sich daraus eine mathematische Erhöhung des einzelnen Stundenlohnes ausnobeln läßt. Das hat mit objektiver Beurteilung der Dinge überhaupt nichts mehr zu tun. Besonders unsäglich ist diese Unterstellung auch deshalb, weil der nach dem Antrag der Arbeiterschaft den Anträgen zu ergehende Anteil der Kostendeckung einer solchen Arbeitszeitverlängerung sogar noch unter der dem Reichsarbeitsminister von Prinzipalsseite zugestandenen Preisentwertung bleibt.

Wenn wir liegen die Dinge in diesem Zusammenhange jetzt nach der Verbindlichkeitserklärung? Der Lohnabbau von 6 Proz. bedeutet rein rechnerisch bei einem durchschnittlichen Lohnanteil von rund 40 Proz. an den gesamten Gestehungskosten eine Senkung der letzteren um nur 2,4 Proz., also auf 37,6 Proz. des gesamten Lohnanteils, während der Preisabbau um 4 Proz. diese Ermäßigung des Lohnanteils durchschnittlich um über 50 Proz. übersteigt. Befanntlich haben aber die Unternehmervertreter im Reichsarbeitsministerium die Forderung eines noch höheren Preisabbaues mit wesentlich niedrigeren Prozentsätzen des Lohnanteils bekämpft; die Zeitungsverleger operierten sogar nur mit Lohnanteilen von 10 bis 30 Proz. der gesamten Gestehungskosten. Im allgemeinen haben die Unternehmer bei diesem Schacher um den Lohnabbau auf dem Gebiete des Preisabbaues keine geringeren Opfer als tragen an einer Anzahl und übernommen, als bei voller Anerkennung des Antrags auf Arbeitszeitverkürzung mit anteiligem Lohnausgleich von Arbeitersseite zu übernehmen gewesen wären.

Wenn vorstehend von einer rein mathematisch ermittelten Überschneidung des Lohnabbaues um 6 Proz. durch eine Preisentwertung um 4 Proz. die Rede ist, so soll und kann damit selbstverständlich keineswegs gesagt sein, daß dieser Preisabbau zu hoch wäre. In Wirklichkeit ist das Gegenteil richtig. Denn soweit dieser Preisabbau nur auf den eigentlichen Preistarif abgestellt sein soll, ergibt die mit dem jetzigen Preisabbau verbundene Zurückführung des Preistarifs auf den Stand vom 1. April 1927 zugünstlich eines Aufschlags von 6 Proz. immer noch einen durchschnittlichen Preisstand von 255 gegen 100 in der Vorkriegszeit und 266 vor dem 14. Februar 1931. Trotzdem dieser „Preisabbau“ also für die Öffentlichkeit kaum fühlbar in Erscheinung treten würde, gibt man sich auf Prinzipalsseite alle erdenkliche Mühe, keine praktische Durchführung zu vereiteln. Der Deutsche Buchdrucker-Verein will diesen Kaufpreis für die Verbindlichkeitserklärung der Lohnsenkung nur dort beachten wissen, wo bisher schon nach der vollen Höhe des Druckpreistarifs berechnet und bezahlt wurde. Wo dies nicht der Fall ist, was man sozusagen als Regel beurteilen muß, soll auch kein weiterer Preisnachlaß mehr gewährt werden. Trotzdem man also dem

Reichsarbeitsminister prinzipalsseitig eine im Verhältnis zum Preistarif mehr als bescheidene Preisermäßigung versprochen hat, sucht man nun durch alle nur denkbaren Verkaufsforderungen dieses Versprechen zu umgehen, bemängelt aber dafür um so „ehrlicher“ und aufgeregter die Haltung des „Korr.“ zur tarifrechtlichen Lage auf dem Lohngebiete.

Wiel wichtiger erscheint uns jedoch der Nachweis, daß die Forderung der Arbeitszeitverkürzung zur Wiedereinreichung unserer arbeitslosen Berufsgenossen in den Produktionsprozess immer noch ihre volle Berechtigung hat, ja sogar immer zwingender zu einer für beide Teile erträglichen Lösung drängt. An dieser Notwendigkeit hat auch die Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbauversprechens nicht das geringste geändert. Die Not der Arbeitslosen hat und kann auch dadurch nicht die mindeste Erleichterung erfahren. Sie belafet nach wie vor von der sozialen Seite her die moralische Verantwortlichkeit des privatkapitalistischen Unternehmertums, wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Belastung durch die zusätzlichen Kosten der Lebenshaltung des Arbeitslosenheeres den gegenwärtigen Zustand der Absatzkrise verschuldet. Durch den Lohnabbau wird die letztere noch verstärkt. Es ist daher ohne Ausfaltung dieser Hemmungen des Produktionsprozesses vom Warenmarkt her keine Entspannung der Wirtschaftskrise und damit auch keine Belebung unseres Gewerbes zu erwarten. Alle bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete haben diese Auffassung bestätigt und sollten daher dazu dienen, daß endlich auch auf Unternehmerseite daran gedacht wird, dem furchtbaren Arbeitslosenelend auf andern Wegen als bisher entgegenzuwirken. Wir verweisen hierzu auf das in voriger Nummer des „Korr.“ veröffentlichte nachahmenswerte Beispiel der Druckerei unseres Verbandes, die einen praktischen Versuch in dieser Richtung darstellt und das Gegenteil einer Bereicherung der in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter darstellt, vielmehr diese wie den Betrieb in verhältnismäßig gleicher Weise belafet. Es kommt dabei in Betracht, daß dieser Versuch infolge seiner gewerkschaftlichen Grundlage mit einem überdurchschnittlichen Lohnkonto und in seiner Preisgestaltung ebenfalls mit scharfen Konkurrenzverhältnissen im Rahmen des Berliner Buchdruckgewerbes zu rechnen hat. Es sind bei der Ausarbeitung dieser Vereinbarung alle diese Hemmungen in Ansatz gebracht worden. Sie konnten auf dem Wege beiderseitigen Entgegenkommens so weit ausgeglichen werden, daß trotz erheblicher Lücken in der Auswertung der vorhandenen Betriebsanlagen die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung zugunsten einer Neueinstellung von weiteren Arbeitsträgern gewährleistet ist. Abschreibungen und Verzinsung des investierten Kapitals sind dabei in gewissenhafter Weise berücksichtigt, und zwar im Rahmen von Preisverhältnissen, die auch den Auftraggebern nach Möglichkeit gerecht werden. Auf einer ähnlichen Basis wäre für das gesamte Buchdruckgewerbe bei den letzten Lohnverhandlungen eine Verständigung möglich gewesen, wenn es auf Unternehmerseite nicht gar zu sehr am guten Willen gefehlt hätte. Die Tatsache, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein für die Durchführung seiner verfehlten Lohnabbautheorie einen in seiner rechnerischen Auswirkung höheren Preisabbau zugestanden hat als der damit erkaufte Lohnabbau ausmacht, ist der beste Beweis dafür, daß alle Argumente von Unternehmerseite für die angebliche Unertüchtigkeit des bis zum 13. Februar gegebenen Lohnkontos nicht aufrichtig waren. Jedenfalls wird es auf diesem Wege nicht möglich sein, die Lage des Gewerbes zu verbessern, weder zugunsten der Arbeitslosen noch der beschäftigten Arbeiter, und ebensowenig zum Nutzen der Unternehmer. Es ist ein Weg, der keineswegs aus dem Holze führt, sondern bei weiterer Einhaltung nur noch mehr zur Verwirrung und Erschwerung der gewerblichen Ver-

hältnisse führen muß. Vermieden kann eine solche ungesunde Entwicklung nur dann werden, wenn sich die Unternehmer unseres Gewerbes wie auch im allgemeinen endlich von der falschen Theorie frei machen, daß Lohnabbau zu einer Gesundung der Wirtschaft führen könnte. Der bisherige Lohnabbau hat das Gegenteil bewiesen. Eine Wiedereinreichung der Wirtschaft kann nur durch Wiedereinreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und einer daraus sich von selbst ergebenden Umschichtung unproduktiver Belastung der Wirtschaft durch die Unterhaltungskosten des Arbeitslosenheeres erfolgen. Die Arbeiterschaft ist bereit, einen wesentlichen Teil der Übergangskosten für eine solche praktische Lösung dieses Problems auf ihre Schultern zu nehmen. Sie erklärt sich dazu bereit, weil sie in ihrer übergroßen Mehrheit fest davon überzeugt ist, daß nur auf diesem Wege das heutige trostlose Elend von Millionen, die sich nach ehrlicher Verwertung ihrer Arbeitskraft mit allen Fasern sehnen, ausgemergelt und der gesamten Wirtschaft wieder eine vernünftige und gesunde Grundlage gegeben werden kann. Alle andern Wege sind zer- oder gar Schleichwege zur weiteren Kapitalbeschaffung, durch die alle technischen Fortschritte zu einem Fluch für die menschliche Wirtschaft und Kultur umgebogen werden. Deshalb bleibt nach wie vor eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf vierzig Stunden mit einem Lohnausgleich für die ausfallenden Arbeitsstunden unter Einrechnung der jetzt schon durch eine mehr theoretische als praktische Preisentwertung „eroberten“ Lohnsenkung die vernünftigste Wiedergutmachung dieses Unrechts!

Märzluft!

„Der Lichtreiz ist Anlaß für reizbare Stimmung. Die Stimmung ist Ursache der Revolutionen — gerade im März, so lehrt die Geschichte! Wie führt die Kraft des Lichtes zur Reizung und Geizigkeit? Reizt man sich die Wangen, so werden sie einige Minuten später rot. Wo etwas faul im Zellensaat des Organismus, wirkt der Reiz am stärksten, zum Guten kann es sein oder zum Schlechten.“ Diese Sätze aus der Feder eines Dr. med. kamen mir wieder ins Gedächtnis, als ich die „Zeitschrift“ Nr. 19 mit dem „ernsten Wort“ von Fr. W. Schmidt (Berlin) las. Die „Märzrevolution der Seele“ hat sich auch in ihm vollzogen, allerdings hat sie nicht zum Guten ausgeschlagen. In seiner märklichen Reizbarkeit kann er es nicht verstehen, daß der „Jungbuchdrucker“ in seiner Märznummer einige Daten der Märzereignungen der unterdrückten Menschheit aufzählt, wenngleich er diese geschichtlichen Tatsachen als „nicht unbekannt“ registrieren muß. Erwachsene Personen sollten, wenn sie nicht nur einseitige geschichtliche Kenntnisse, empfangen von „Prägnat des Kapitals“, besitzen, wollen, von diesen Dingen auch etwas wissen. Der erwachsene Arbeiter hat sich im Laufe der Zeit und durch die Bildungsarbeit der Gewerkschaften die ihm von der Schule der privilegierten Stände vorenthaltenen Geschichtsfakten angeeignet. Er weiß, daß die angeführten revolutionären Erscheinungen auf die Lage der Arbeiterklasse, ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung von nicht unbedeutendem Einfluß waren. Er weiß auch, daß die Ursachen dieser Märzereignungen nicht immer die gleichen waren, ebensowenig wie die Wirkungen, er verweist auch nicht Ursache und Wirkung, sondern hält es mit Goethe, der sagt: „Revolutionen sind keine Verbrechen, sondern deren Folgen“. Ob diese revolutionären Erscheinungen im Geschichtswertlauf im Sinne der Gewerkschaften gelegen waren, d. h. der Arbeiterschaft zur Erreichung wirtschaftlicher Erfolge dienlich waren, wird der Arbeiter selbst leicht feststellen können. Wenn man ihm auch in dieser Hinsicht „bewunderswerte Bescheidenheit“ andäht. Es gibt in der Arbeiterschaft jedenfalls mehr Leute, die ihre lässigste Schulbildung durch eifriges Selbststudium ausfüllen haben als in den Kreisen, die von der Majorzese der Industrie gekommen sind und sich hier als „Sachverständige“ ausbilden. Den jugendlichen Arbeiter in die Geschichte der heroischen Kämpfe der Arbeiterschaft bis zu ihrer heutigen formalen

Gleichberechtigung in Gesellschaft und Staat einzuführen, ist Sache der Gewerkschaften, solange die Schule nur einseitigen Geschichtsunterricht erteilt. Daran wird hoffentlich auch die Märzrevolution der Seele des Herrn Dr. W. Schmidt nichts ändern. Im Gegenteil ist zu hoffen, daß die Redaktion des „Jugendbruders“ in weiteren Artikeln der Jugend zeigt, wie solche geschichtliche Wahrheiten auf manche Seelen wirken. (Daran wird es bestimmt nicht fehlen. Schriftleitung.)

Die mächtigen Regungen im Menschen ruhen, wie es scheint, manchmal sogar Überregungen hervor, die zu Unverhältnißlichkeiten führen. Warum sonst die Aufregung darüber, daß in einem weiteren Artikel des „Jugendbruders“ die gewerkschaftliche Großmacht Deutschlands an Hand der nationalsozialistischen Erhebungen gezeigt wird. Was sollte die Arbeitererschaft hindern, ihre organisatorischen Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiet ihrem Nachwuchs vor Augen zu führen? Soll der Märzwind alte Wahrheiten verwehen? Wenn sich 82 Proz. aller organisierten Arbeiter in den freien Gewerkschaften zusammengefunden haben und ein engagierter Vertreter des Unternehmertums versucht, nach dem Grundsatz divide et impera, die kleinen Splitterorganisationen gegen den großen Bruder zu hegen, so beweist das nur, daß die Arbeitererschaft in einer Front stehen muß und jede Verzettlung ihrer Kräfte zu vermeiden hat, wenn sie weitere Erfolge erkämpfen will. Solche Versuche sind doch der deutlichste Beweis dafür, daß das Unternehmertum durch Zerstückung der einseitlichen Organisation der Arbeitererschaft diese schwächen will und auf diese Schwächung heute seine ganze Hoffnung setzt. Nicht anders ist auch der Versuch zu werten, der einen Keil zwischen Führertum, das man „Bürokratie“ nennt, und den „Gesetzten“ zu treiben versucht. Man kann sich nach dieser Richtung gar nicht genug tun in der Erfindung der Schlagworte, um zu beweisen, daß der „Bonze im Speck und das Volk im Dreck“ liegt. Je mehr aber in der mächtigen Regierung solche Auslassungen aus dem Unternehmertum kommen, um man bisher sich immer den Anschein zu geben bemühte, als stühe man nur im wirtschaftlichen Kampfe gegen die Gewerkschaften, desto leichter wird auch der breiten Masse verständlich gemacht werden können, daß die Grenzen von Wirtschaft und Politik immer mehr ineinander verlaufen und Vorrechte nur erstlich bedroht werden, wenn die Arbeitererschaft auf beiden Wegen ihrem Ziele zuschreitet. Das hat auch einmal ein Herr W. Schmidt anerkannt, allerdings nicht im März, sondern am 6. November 1929 — es ist mir freilich unbekannt, ob dieser Schmidt mit dem, der ernste Worte an uns zu richten beliebt, personengleich ist — und zwar in folgenden Sätzen:

Zu steigendem Maße haben sich, teils verstreut, teils aber auch offen, sozialistische Bestrebungen, die an den Grundlagen der Privatwirtschaft führen, geltend gemacht. Mit dem Eindringen dieser für die Praxis nicht verwendbaren marxistischen Theorien wuchs die wirtschaftliche und damit die politische Macht der freien Gewerkschaften, als deren Exponenten sich die aus diesen Kreisen hervorgegangenen Minister fühlten. Damit hat das gewerkschaftliche Element eine seine eigentliche Bedeutung weit übertragende Machtposition im deutschen Wirtschaftsleben gewonnen.

Wenn ein Gewerkschaftsführer der Arbeitererschaft mit solchen Worten den Erfolg schildern würde, er würde nicht den Glauben finden, als wenn die Worte von der anderen Seite kommen, sie sind daher für uns agitatorisch immer sehr wertvoll. Aber nicht nur das, sondern sie sind auch wahr. Wenn aber Herr Schmidt diese Wahrheit erkannt hat, warum sollten wir als ehrliche Menschen nicht danach handeln? Warum sollten wir nicht in einem Artikel an unsern Nachwuchs die gleiche Wahrheit legen dürfen? Warum sollten wir überhaupt von diesem Weg abweichen, wenn er für uns so erfolgversprechend ist, und warum macht man uns es zum Vorwurf, wenn wir bewußt diesen Weg weitergehen? Wir sind in der Gewißheit, daß wir für einen viel, viel größeren Teil des deutschen Volkes mehr Freiheit und Recht und Existenzmöglichkeit fordern als Herr Schmidt und andre Volkstaatsverächter, die uns zu beweisen suchen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem ungeheure Erfolge aufzuweisen hat: das Lebensalter erhöht, die Sterblichkeit vermindert, der Freiheitssinn gesteigert, das beweist, daß die Lebenshaltung erhöht wurde und nebeneinander noch der Ausbau der Sozialversicherung. Alles Leistungen der kapitalistischen Wirtschaft; mit derselben Logik kann man auch das Wachstum der freien Gewerkschaften als Erfolg dieses Wirtschaftssystems buchen. Die „hohen“ Löhne in Deutschland erlauben der Arbeitererschaft einen hohen Gewerkschaftsbeitrag, der damit der deutschen Wirtschaft abgenommen wird. Daß mit diesen Beiträgen die Opfer dieser privatkapitalistischen Wirtschaft vor dem größten Elend und dem Verhungern geschützt werden, stört die Logik nicht. Daß dieses System als seinen größten Erfolg fünf Millionen Arbeitslose allein in Deutschland aufzuweisen hat, gesteht man, wir wollen annehmen infolge der irragenden Einwirkung der Märzluft, sonst könnte es nur Feigheit sein, auch nicht ein, sondern daran sollen allein die Gewerkschaften schuld sein. Dieses Gewerkschaften, von denen an anderer Stelle in der „Zeitschrift“ gesagt wird, daß sie „harmlos und ohnmächtig“ den wirklichen Aufgaben der Wirtschaftsführung gegenüber sind, weil sie dem Reichspräsidenten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit brauchbare Vorschläge vorgetragen haben. Darin wird nur zum Ausdruck gebracht, daß sich das Unternehmertum heute noch auf seinen politischen Einfluß, seine politische Macht stützt. Seine wirtschaftlichen Vorrechte erhält es sich durch seinen Einfluß auf die Regierung, die man heute noch mehr in den Dienst des Privatkapitals stellen möchte durch Hinzuziehung von Parteien, die man in eigenen Sold gestellt hat und deren Aufgabe die Zerstückelung der Arbeitererschaft ist.

So gut wie dem Unternehmertum, steht auch der Arbeitererschaft das Recht zu, und die Pflicht der Gewerkschaften ist es, den politischen Einfluß der Arbeitererschaft zu erweitern, wenn dadurch die wirtschaftlichen Ziele der Gewerkschaften gefördert werden. Daß eine Änderung der heutigen Wirtschaftsweise nötig ist, sehen heute schon viele Nationalökonomiker bürgerlicher Richtung ein, aber sie dürfen auch nicht wider den Stachel lösen, denn schon mancher Wissenschaftler hat erfahren müssen, daß die Unabhängigkeit der Wissenschaft durch das kapitalistische Wirtschaftssystem begrenzt wird. Einer der größten Zeitgenossen sagte zu dieser Frage folgendes:

Die heutige Weltmarktkrise ist meiner Meinung nach ein positiver Beweis dafür, daß unsere Wirtschaftsorganisation — soweit man von etwas derartigem heutzutage sprechen darf — die notwendigen Erfordernisse nicht erfüllt. Diese Behauptung soll weniger eine Anklage sein als ein Beweggrund für den Versuch, das Wirtschaftssystem derart zu regeln, daß das menschliche Dasein nicht länger bedroht wird.

Je mehr aber das Wirtschaftssystem zu einer Gefahr für die Menschheit wird, desto dringender wird die Verpflichtung für die Gewerkschaften zur Erstrebung der Umstellung dieses Systems. Und ist es, auf dem Wege über den Staat, mit politischen Mitteln schneller möglich, so ist das das beste Mittel, das auf dem kürzesten Weg zum Ziele führt. Das ist nicht der hemmungslose Wille zur politischen Macht, sondern die Pflicht, dem Volksganzen zu dienen, weil diejenigen, die heute die wirtschaftliche und politische Macht in der Hand haben, nicht den Begriff „dienen“ sondern nur „verdienen“ kennen, mögen dabei auch fünf Millionen in Deutschland mit ihren Familien zugrunde gehen. Das sind die wirtschaftlichen Aufgaben, die die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Für diese Aufgaben auch der Jugend die nötigen Kenntnisse zu vermitteln, wird immer die vornehmste Aufgabe sein, vor allem kann aber die Jugend aus den Kämpfen der Vergangenheit die Grundlagen der Arbeiterbewegung am besten kennen lernen. Herrn Dr. W. Schmidt möchten wir aber raten, seine Märzgedanken auf ein anderes Gebiet zu werfen, vielleicht schlägen sie dann zum Guten aus. Wie wäre es z. B., wenn er das ihm vom deutschen „Reinertertat“ (vergl. „Zeitschrift“ Nr. 64 vom 12. August 1930, Seite 627) monatlich in den Schoß fallende Majoratserbe, das ein Mehrfaches des jährlichen Buchdruckerlohns beträgt, dazu benutzen würde, auf seinen Lorbeerorden auszurufen, statt für ein sicher noch wesentlich höheres Entbehrungsgehalt den nach seiner Ansicht zu bettelarmen Buchdruckerelitären durch seine Fiktionphantasien noch die letzten Ausflüchte für eine bessere Zusammenarbeit mit den deutschen Buchdruckergehilfen zu verdunkeln?

M ü n c h e n .

S e i n e r t .

Worauf es jetzt ankommt!

Die Welle des Entrüstungssturmes über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs hat sich in unsern Reihen noch nicht gelegt. Groß ist die Zahl der Kollegen, die mit einem offenen Kampf gerechnet haben. Trotz der großen Kampfbereitschaft seitens der Verbandsmitglieder machte der Wertspruch der staatlichen Schlichtungsmaschinerie es dem Verbandsvorstand unmöglich, einen offenen Streit zu proklamieren. Einzelne größere Betriebe traten trotzdem in den Streit. Leider hörte man von dem Ausgang dieser Teilstreit nur wenig. Sicher konnten diese Kollegen auch hier und dort einen Erfolg für sich buchen. Ob solche Teilstreit aber zu einem allgemeinen Erfolg oder zu einem allgemeinen Streit führen, ist zweifelhaft. Mit einem Entgegenkommen einzelner Unternehmer war nicht zu rechnen. Drohte doch die Unternehmerorganisation ihren Mitgliedern bei „Entgegenkommen“ mit einer Geldstrafe. Jetzt wäre es ratsam, von unserer Seite aus das Publikum auf unsern Lohnabbau aufmerksam zu machen, damit es seinerseits Preisabbau verlangt. Sonst wäre der Lohnabbau doch nur zum Vorteil unferer Unternehmer geschehen.

Vor jedem Streit ist wohl die Hauptfrage: „Werden wir den Streit gewinnen? Werden wir unsere Forderungen durchsetzen können?“ Diese Fragen bekommen ihre Antwort entweder durch die Geschlossenheit der Streikenden oder durch ihre Ungeschlossenheit! Ganz besonders in unserm Beruf. Der Berliner Metallarbeiterstreik war ein Beispiel dafür, wie mangels Geschlossenheit ein Streik verloren gehen kann. Nun kann man dem entgegenhalten, daß wir Buchdrucker neunzigprozentig organisiert sind, während die Berliner Metallarbeiter höchstens dreißigprozentig organisiert waren. Natürlich ist es ein Gemächnis für die Durchföhrung eines Streiks, wenn ein Teil der Streikenden unorganisiert sind. Trotzdem heißt neunzigprozentig organisiert zu sein noch nicht, auch gleichzeitig neunzigprozentig kampffähig zu sein. Und das muß unsere nächste Aufgabe sein. Bis zum nächsten Versuch eines Lohnabbaues heißt die Parole: Kampfbereit mit allen Mitteln gegen Lohnabbau! So sind wohl auch die Schlüsselworte des Aufmarsches der Organisationsvorstände im „Korr.“ Nr. 14 zu verstehen; „... daß die Arbeitererschaft des deutschen Buchdruckergewerbes selbst in trübten Tagen die Kraft schöpfen wird, einer besseren Zukunft die Wege zu ebnen!“

Unsre nächste Aufgabe ist also eine organisatorische! Mit unferer ganzen Kraft müssen wir jetzt — gerade jetzt — daran gehen, unsern Verband kampffähig zu machen; auch gegen Widerstände, die heute als unüberwindlich erscheinen (z. B. Schlichtungsweisen). Die Frage des Lohnabbaues darf bis zum August bei uns nicht von der Tagesordnung verschwinden! Unsre Unternehmer haben in den Jahren des Gewerkschaftskampfes begriffen, was eine gute Organ-

isation leisten kann und bedeutet. Und so haben sie in jahrelanger Arbeit ihrerseits Organisationen geschaffen, die — heute durch die Brüning-Diktatur unterstützt — uns eine Macht entgegenstellen, die wir nur durch die Geschlossenheit der gesamten Arbeitererschaft brechen können. Wie sehen die Möglichkeiten aus, diese Geschlossenheit zu erreichen?

Von kommunistischer Seite ist die Parole herausgegeben, der NSD. beizutreten. Durch Anzettelung von wilden Streits und kleinen Putschern glauben die Kommunisten die Arbeitererschaft für den Sozialismus reif zu machen. Es ist nun gleichgültig, ob man der NSD, der SP, oder keiner der beiden Parteien angehört, darüber sollte sich jeder von uns klar sein, daß eine Spaltung der Gewerkschaften heute das größte Verbrechen an der Arbeitererschaft bedeuten würde. Der Erfolg eines gewerkschaftlichen Kampfes beruht immer in erster Linie auf der möglichst größten Geschlossenheit der Gewerkschaften. Und nur durch Gewerkschaftserfolge wird man die Arbeiter, die heute noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, bewegen können, sich zu organisieren. Doch selbst wenn es den Kommunisten gelingen würde, eigne, wie sie sagen „revolutionäre“ Gewerkschaften zu gründen, so würde die Störfkraft ihrer Gewerkschaften nicht größer sein, dagegen die Kampffähigkeit der besten der freien Gewerkschaften geschwächt werden. Es wäre also gar nichts erreicht worden. Im Gegenteil, durch die Spaltung der Gewerkschaften dient man nicht dem Sozialismus, sondern nur den Unternehmern, die dadurch leichteres Spiel haben, ihre Ausbeutungsmethoden besser anzuwenden und zu festigen. Es muß ein Weg beschritten werden, der die Arbeitererschaft vereint gegen ihre Feinde führt!

Der doch wirklich nicht als Renegat zu bezeichnende erste Führer der kommunistischen Partei, Lenin, sagte in seinem Buch „Die Kinderkrankheit des Kapitalismus im Kommunismus“ über die Spaltungsversuche der Gewerkschaften in Deutschland: „Aber wie sehr die deutschen Kapitalisten auch davon überzeugt sind, daß die Taktik revolutionär sei, in Wirklichkeit ist sie grundfalsch und enthält nichts als leere Phrasen. ... Millionen Arbeiter in England, Frankreich, Deutschland gehen zum ersten Male von vollständiger Unorganisiertheit zur einfachsten Organisationsform über, und die revolutionären, aber unvernünftigen tabulären Kommunisten stehen daneben, schreiben ‚Masse!‘, ‚Masse!‘ und lechzen es ab, innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten!... (Von Lenin herangezogen.) Einen größeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution als den, den die ‚tabulären‘ Revolutionäre anrichten, kann man sich nicht vorstellen.“

Sollte es zur Einsicht schon zu spät sein? Mögen die Kommunisten erkennen, daß der Bruderkampf innerhalb der Gewerkschaften vermieden werden muß. Daß er nur unsern Gegner dient und viele Arbeiter dahin bringen wird, daß sie überhaupt nichts mehr für den Gewerkschaftskampf tun werden oder es gar einmal mit den Nationalsozialisten versuchen werden. Kennen wir doch die schöne „Drüdeberger-Ausrede“ der politisch ungeschulten und gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter: „Ihr seid euch ja selbst nicht einig“. Durch den Bruderkampf wird die Macht der Gewerkschaften immer mehr untergraben und auch die erzieherischen Aufgaben den Massen gegenüber gefährdet! Offen sprechen die Führer der Nationalsozialisten (NS.) aus, daß sie die freien Gewerkschaften spalten wollen, um zu nationalsozialistischen Gewerkschaften zu kommen. Selbst wenn wir das italienische Beispiel nicht hätten, wo die freien Gewerkschaften durch Mussolini den Todesstoß erhielten, die deutschen Führer in das Dritte Reich würden uns genug Aufklärung darüber geben. Es ist notwendig, immer wieder die Klassenbewußte Arbeitererschaft auf die Gefahr des Faschismus hinzuweisen und aufzuzeigen, daß der Faschismus nicht im Interesse der Arbeitererschaft liegt. Gerade wir Buchdrucker, die wir den „wahren“ Kern dieser Idee erkennen, sollten propagandistische Arbeit leisten, um den Angriff der Faschisten abzuwehren zu helfen.

Hören wir, was Adolf Hitler, der Diktator der NSDAP, in seinem Buch „Mein Kampf“ (alle folgenden Zitate sind diesem Buche entnommen [Seite 670—683]) über Gewerkschaftspolitik schreibt: „Die nationalsozialistische Bewegung, die als Ziel ihres Wirkens den nationalsozialistischen völkischen Staat vor Augen hat, darf nicht im Zweifel darüber sein, daß alle künftigen Institutionen dieses Staates von einst aus der Bewegung selbst herauswachsen müssen. ... Aber der Staat kann nicht plötzlich entsprechende Einrichtungen aus dem Nichts hervorzubringen. ... Schon aus diesem Gesichtspunkt heraus muß die nationalsozialistische Bewegung die Notwendigkeit eigener gewerkschaftlicher Betätigung anerkennen.“ Die nationalsozialistischen Gewerkschaften sollen mithelfen an der Ersetzung einer „einstigen, wahrhaften Volksgemeinschaft im nationalsozialistischen Staat“, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinam, „die Sicherheit der nationalen Wirtschaft erhöhen“. Von Volksgemeinschaft haben wir schon so viel gehört, daß wir nicht erst auf die nationalsozialistische Volksgemeinschaft zu warten brauchen, um uns ein Urteil darüber zu bilden. Und wie die Sicherheit der nationalen Wirtschaft erhöht wird, zeigt der all-gemeine Lohnabbau! Interessant ist aber, wie Hitler sich die Erreichung dieser Gemeinschaft vorstellt, nicht „... durch theoretische Belehrungen. ... sondern durch den Kampf des täglichen Lebens“. Trotzdem ist natürlich „die nationalsozialistische Gewerkschaft kein Organ des Klassenkampfes, sondern ein Organ der Berufsvertretung“. Hier ist nur einer von den vielen Widersprüchen und Fehlschlüssen, die dieses Buch enthält! Wenn wir Arbeitnehmer im Kampf des täglichen Lebens mit den Arbeitgebern stehen, so nur deshalb, weil diese uns Arbeitsbedingungen und damit auch Lebensbedin-

gungen aufzudrücken, die ihnen Vorteile bringen. So lange Menschen von der Arbeitskraft anderer Menschen leben, wird es auch Klassen geben. Wir haben gar keinen Grund, anzunehmen, daß die nationalen und nationalsozialistischen Kapitalisten im faschistischen Staat auf einmal Engel werden. Die Arbeitgeber werden niemals im Interesse der Arbeitnehmer sorgen. Wie schon Klingt zwar Hitlers Prophezeiung: „Der nationalsozialistische Staat kennt keine Klassen“, sondern in politischer Hinsicht nur Bürger mit vollständig gleichen Rechten und demgemäß auch gleichen Pflichten und daneben“, ja, daneben gibt es nämlich doch noch etwas anderes, nämlich „Staatsangehörige, die in staatspolitischer Hinsicht vollständig rechtlos sind!“ Also doch Klassen! Einmal die Klasse, die keine „Klassen“ kennt, ähnlich wie bei Wilhelm II., der keine „Parteien“ mehr kannte, und die „vollständig rechtlose“ Klasse. Zu der letzteren werden dann wohl auch die heutigen Mitglieder der freien Gewerkschaften gehören.

Wenn Hitler nun auch schreibt: „Eine nationalsozialistische Gewerkschaft neben anderen Gewerkschaften ist sinnlos“, und seinen Anhängern empfiehlt, „... in den bisherigen zu bleiben, um dort möglichst destruktiv (umstürzerisch) zu wirken“, so beweisen die Aufstellungen von Piffen der „Nationalen Sozialisten“ zu den Betriebsräte-wahlen 1931, daß man jetzt versuchen will, dadurch „Rein-zellen“ für die nationalsozialistische Zerlegungsarbeit in den Betrieben zu bekommen. Erkennen wir frühzeitig, wie notwendig die geschlossene Abwehrfront gegen den Faschismus ist.

Der Feind steht rechts! Die Gewerkschaften links! Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, den Kampf zu führen gegen rechts!

Behauerlicherweise muß man die Feststellung machen, daß die Buchdruckerjugend — also unser Organisations-nachwuchs — sich zu einem Teil in Rechtsorganisationen befindet. Sollte uns das nicht zu denken geben? Wir haben dafür zu sorgen, daß das nicht weiter einreißt. In den Lehrlingsabteilungen müssen wir gewerkschaftlich-sozia-listische Arbeit leisten, damit es verhindert wird, daß unser Nachwuchs uns einmal in den Rücken fällt. Es wird so oft Klage geführt, daß die jüngeren Kollegen der Gewerkschaftsarbeit fernbleiben. Sicher wird man durch systematische Lehrlingsarbeit auch dieses Übel beseitigen können. Nicht mit Schimpfen an die Lehrlinge heran, das nützt meistens gar nichts, sondern auch hier die Lehrlinge zum Selbstdenken erziehen. Dann schaltet die Gefahr aus, daß sie Herdentiere werden, und wir haben gleichzeitig die Gewähr, einen am Gewerkschaftskampf interessierten Nachwuchs zu bekommen.

Eine Gewerkschaft, die geschlossenen ihre Forderungen vertritt, wird etwas erreichen können. Darum kommt es jetzt darauf an, die Gewerkschaften gegen alle Zerlegungsarbeit zu schützen! Göttingen. Erwin Ries.

Wir existieren im Überfluß

Manche Länder registrieren die vorhandenen Arbeits-lofen genau, andre stellen darüber nur wenig zuverlässige Zahlen zur Verfügung, und wieder andre begnügen sich mit vagen Schätzungen. Alles zusammen gerechnet sollen es etwa 20 bis 25 Millionen Menschen sein, denen die Wirtschaft-treibe den Eintritt in die Betriebe versperrt. Wovon lebt dieses Millionenheer? Im reichen Amerika von mildtätigen Sammlungen und teils von Vereinen, die anfangsammelnd die der Krise vorausgegangene Hochkonjunktur ermöglichte. Aber so oder so, die Lebensbasis ist in jedem Falle eng, und Meldungen von Aufständen der Arbeitslosen durch-laufen beharrlich die europäische Presse. England fällt keine Arbeitslosen mit Mitteln der Allgemeinheit über Wasser, und in Deutschland teilen sich die Arbeitslosenversicherung, Reich, Staat und Gemeinden in die schwierige finanzielle Aufgabe, dem arbeitslosen Menschen zu helfen. Alle andern Zunftkrisenstaaten bemühen sich in ähnlicher Weise. Aber überall ist die Beträge, die den aus dem Produktions-prozeß geworfenen Menschen zur Verfügung gestellt werden, gering. Nirgendwo reichen sie dazu aus, auch jene An-sprüche befriedigen zu können, die über das Lebensnotwendigste hinausgehen. Ja, so grauam es klingen mag, Millionen der tiefsten Arme der Weltarbeitslosen werden Hunger, frieren und wohnen in scheußlichen Behausungen.

Nun zu der Frage, die der gesunde Menschenverstand angeht: eines solchen Elendszustandes wieder und immer wieder stellt. Muß das sein? Reichen die auf der Erde vor-handenen Güter wirklich nicht aus, um derartige Kultur-widrigkeiten zu verüben? Das ist ja eben das Erstüb-ternde, daß gerade das Gegenteil zutrifft. Die Welt ist so reich an Gütern aller Art, daß ihre Bewohner durchschnittlich darin existieren. Das Institut für Konjunkturforschung hat in einem Sonderheft über die Vorratsbestände einige wich-tige Zahlen bekanntgegeben. Wir lassen sie im Nachstehen-den folgen. Es betragen die aufgeführten Waren-reserven jedesmal am Jahresanfang in 1000 Tonnen

	1930	1931
Weizen	15 881	15 873
Zucker	7 055	8 809
Kaffee	1 407	1 644
Baumwolle	1 837	2 215
Steinöl	4 937	17 419
Kupfer	155	333

Wir müssen versuchen, die hier angeführten Zahlen, die uns den Überfluß dokumentieren, mit anderen bekannten Größen in ein Verhältnis zu bringen. Was sagt denn die Tatsache, daß zu Beginn dieses und auch des Vorjahres jedesmal 15,9 Millionen Tonnen Weizen in den Speichern

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Th. E. Hummel, Hensburg
Eingetreten: 14. März 1881
„Hensburger Nachrichten“



Konrad Köcher in Leipzig
Eingetreten: 12. März 1881
Zur Zeit arbeitslos



Ernst Nickel in Hildesheim
Eingetreten: 16. März 1881 im
Hildesheimer
Zeht Invalide



Herm. Winger in Schötmme
(Elppe)
Eingetreten: 10. März 1881
Zeht Invalide

gestaut lagen, für die es schier unmöglich erschien, Ab-nemer zu finden? Im Juni des vergangenen Jahres, also kurz vor dem Einbringen der neuen Ernte, waren es immer noch über 10 Millionen Tonnen, für die kein Absatz zu finden war. Und in dem gleichen Monat des jetzt laufenden Jahres werden es eher noch mehr sein. Stellen wir dem gegenüber, daß Deutschland im Jahre 1928/29 (1. Juli bis 30. Juni) 5,6 Millionen Tonnen Weizen verbrauchte, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß zu Jahresbeginn 1931 dreimal soviel an Weizen vorrätig war wie das 65-Mil-lionen-Volk der Deutschen in einem Jahre verbraucht, und in dem Monat, in dem erfahrungsgemäß die Getreide-vorräte ihren Tiefstand erreichen, wird noch immer das Doppelte dessen, was Deutschland in einem Jahre an Weizen konsumiert, auf Lager liegen. Überfluß, geschaffen in der Hauptsache durch eine Maschine, den Mähdreher, die Welt aber hungert.

Weiter lehrt uns obige Statistik, daß am Jahresanfang 1930 7,1 Millionen Tonnen und ein Jahr später 8,8 Mil-lionen Tonnen Zucker auf Vorrat lagerten. In dem für die Vorratshaltung günstigsten Monat September (vor Be-ginn der Zuckerrübenkampagne) waren es 5,9 Millionen Tonnen. Deutschland verbrauchte im Jahre 1928/29 (1. Sep-tember bis 31. August) nach den Angaben im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ 1,5 Millionen Tonnen Zucker. Auch hier zeitigt eine einfache Divisionsaufgabe das Resultat, daß Anfang 1930 fast fünfmal und Anfang 1931 fast sechsmal soviel Zucker auf Vorrat lagerte, wie der deutsche Jahresverbrauch ausmacht. Im allernächsten Monat (September) betragen die Vorratsbestände immer noch das annähernd Vierfache des deutschen Warensumms. An Kaffee lagen zu Beginn der letzten beiden Jahre 1,4 Millionen und 1,6 Millionen Tonnen auf Vorrat. Hier sind merkliche Schwankungen während des ganzen Jahres hindurch nicht festzustellen, was sich aus der verhältnis-mäßig guten Lagerfähigkeit dieser Ware erklärt. Unser Kaffeeverbrauch betrug im Kalenderjahr 1929 etwas über 143 000 Tonnen. Hier also lag am Jahresanfang 1930 das Zehnfache und 1931 das Elfache des deutschen Jahresver-bruchs auf Vorrat. Man bedenke, Kaffee ist im Haushalt Millionen deutscher Volksgenossen schon zum Luxus ge-worden, die brasilianischen Plantagenbesitzer aber feuschen unter einem erspörenden Zwiel an diesem kostbaren Gut. Wir führen Kaffee ein. Infolge der durch die Arbeitslosig-keit gesenkten Kaufkraft geht die Einfuhr und mit ihr auch der Ertrag an Zöllen zurück. Der so geschaffene Einnahme-ausfall wirkt natürlich ungünstig auf die Gestaltung der Reichsfinanzen, die auf der andern Seite durch erhöhten Kriegsaufwand immer stärker belastet werden. So greift eins ins andre über. Aber, das ist der immer wiederkeh-rende Zustand, daß am Anfang einer unbefriedigenden Elends-welle eben der Überfluß steht.

Die soziale Not zwingt ganz besonders zu einer Ein-schränkung der Ausgaben, die sich nur irgendwie auf-schieben lassen. Hierher gehört der Kleiderbedarf, weshalb auch die Textilindustrie von Krise und Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen wird. Auch hier mangelt es an nichts. Bei vernünftiger Organisation der Wirtschaft wäre es ein leichtes, der Menschheit nicht nur das Notwendigste zu geben, sondern ihr diese Güter in einer Fülle zur Ver-fügung zu stellen, die uns heute noch als Phantasieprodukt erscheinen muß. Nicht nur über die erforderliche Anzahl von Webstühlen und Textilarbeitern verfügt die Welt, sondern auch über ungeheure Vorräte an dem Rohstoff Baumwolle. Davon lagen zu Jahresbeginn 1930 rund 1,8 Millionen Tonnen und am gleichen Zeitpunkt des darauffolgenden Jahres 2,2 Millionen Tonnen auf Vorrat. Die englische Fachzeitschrift „International Cotton Bulletin“, Manchester, schätzt den europäischen Baumwollverbrauch während eines Jahres auf 2,5 Millionen Tonnen. Ein annähernd gleich hoher Betrag liegt heute auf Vorrat. Der deutsche Ver-brauch von jährlich nicht ganz 342 000 Tonnen wäre damit für fast 7 Jahre zu decken.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Kohle, Kupfer, Zink, Zinn usw. Überall daselbe Bild. Die Menschheit hungert bei vollen Scheunen, sie friert, trotzdem sich die Kohlenhalden immer höher türmen, und sie lebt größenteils in menschenunwürdigen Behausungen, obgleich alles, aber auch alles in reichster Fülle vorhanden ist. Kohle, Eisen, Zementfabriken, Ziegeleien, Holz und Bauarbeiter, alles ist zur Stelle. Aber zwischen dem Rohstoff und dem Menschen, der diesen Stoff zu einem brauchbaren Wirt-schaftsgut zimmern soll, ist eine Kluft. Das Wasser, das die beiden Königstinder der Wirtschaft voneinander trennt, heißt Profit. Ist erst dieser Graben einmal verschüttet, so wird der Weg zu immer steigendem Wohlstand frei. Fo.

Mängel der Betriebskontrolle durch die Gewerbeaufsichtsamter

Mehr und mehr hat sich im Laufe der letzten Jahre — bedingt durch die Rationalisierung und ihre die Zahl der Betriebsunfälle steigenden Auswirkungen — der Ge-danke durchgesetzt, daß die von den Gewerbeaufsichtsamtern vorgunehmende Betriebskontrolle mit der Hingabeziehung von Betriebsarbeitern eine wesentliche Förderung erfährt. Denn auch die Ausbildung der meistens Akademikerkreise ent-stammenden Gewerbeaufsichtsbeamten auch noch so viel-seitig und sorgfältig sein, mit den vor allem praktischen Erfahrungen eines Menschen, der jahrelang an Maschinen und dergleichen tätig gewesen ist, können theoretische Kenntnisse naturgemäß nicht wettmachen. Die auf Antrag der Buchdruckergehilfen beim Hamburger Senat jüngst er-folgte Herannahme eines Schriftgießers in das Ham-burger Gewerbeaufsichtsamter ist daher zu begrüßen als eine Maßnahme, die einem drin-genden Bedürfnis zunächst wenigstens in einem Gewerbe-zweig eines großen Ortes abhilft. Es gibt aber Gewerbe, in denen man Unfallgefahren sicherlich noch weit häufiger begegnet als in Buchdruckerelien, und doch besteht hier der alte Zustand unverändert fort, daß nur „Theoretiker Metall-, Bäckerei-, Textil- und wer weiß welche ver-schiedenartigen Betriebe noch alle gleich sachgemäß kontrollieren müssen, sämtliche Unfallgefahren wie auch die mancherlei hygienischen Nachteile in diesen rechtzeitig erkennen, mit einem Wort für den größtmöglichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft Gewähr leisten sollen. Hingru tritt weiterhin ein Moment, das eine gründliche Überholung sowohl wie die unverzügliche Abstellung der festgestellten Mängel-manchmal sehr erschwert, wenn nicht gar ganz aus-schließt. Das ist die Vorrichtung, welche die Gewerbeaufsichts-beamten lediglich besichtigen, nicht aber ver-pflichtet, an ihren Betriebsinspektionen den Betriebsrat, der gewiß mit den einschlägigen Fragen am besten vertraut ist, teilnehmen zu lassen. Es ist demnach in das Belieben des betreffenden Beamten gestellt, der sich infolge dessen vielfach mit der Begleitung eines Vertreters der Betriebsleitung begnügt, den Vertreter der Arbeitergehilfen, deren Lebens-interesse doch in erster Linie wahrgenommen werden sollen, womöglich völlig auszuschalten. Auch dem Vaten wird es einleuchten, daß bei einer derartigen praktischen Handhabung der Gewerbekontrolle deren eigentlicher Sinn leicht verloren gehen kann, weil nämlich auf die Befange der Betriebsleitung — wirkliche gesundheitliche Verbesserungen sind fast immer auch mit Kosten verknüpft — unter diesen Umständen zu m S ch a d e n d e r A r b e i t e r zwie-l Rücksicht genommen wird.

Ein dritter fühlbarer Mangel besteht darin, daß auch bei Mitwirkung des Betriebsrats an der Betriebskontrolle diesem nach ihrer Beendigung keine Abschrift der vor-gefundenen Beanstandungen ausgehändigt wird, und aus dieser Unterlassung ergeben sich nur zu oft unliebsame Differenzen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat. Während z. B. der Betriebsrat bald pflichtgemäß auf die Befestigung der vom Gewerbeaufsichtsbeamten während der Besichtigung mündlich getügten Mängel dringt, ver-tritt die Betriebsleitung andererseits die Auffassung, daß eine Befestigung „dieser Bagatelle“ zwar „empfohlen“, jedoch nicht unbedingt verlangt worden sei und dergleichen mehr. Endgültige Klarheit läßt sich in solchen Fällen erst nach zehntausenden Klagen beim Gewerbeaufsichtsamter schaffen. Diese bürokratische Unbilligkeit führt dazu, daß vielen Betriebsräten die Mitwirkung an der Gewerbe-kontrolle unnützlich verleidet wird.

Alle diese Tatsachen widerprechen aber auch dem Be-triebssratengefetz, das dem Betriebsrat eine positive Mit-arbeit an der Verhütung von Unfällen ausdrücklich

zuweilen. Es dürfte deshalb an der Zeit sein, das offensbare Mißverhältnis zwischen den Pflichten und den tatsächlichen Rechten der gesellschaftlichen Betriebsvertretung zugunsten einer Herabminderung der Zahl der Berufsunfälle und -strafen aufzuheben.

Als reformbedürftig muß ferner die Vorschrift bezeichnet werden, die wohl dem Unternehmer die Abstellung von Mißständen allgemein auferlegt, aber jeder Fristsetzung ungenügend ist, was hinsichtlich der zeitlich großen Zwischenräume von einer Betriebskontrolle zur anderen nichts anderes bedeutet, als erlarnete Gefahrenquellen unter Umständen monatelang weiter bestehen zu lassen.

Erwähnenswert ist auch, daß beispielsweise in Buchdruckerien für Frauen und Mädchen ebenso wie für Lehrstunde Freilichtdielen vorgezeichnet sind. Gestimmterweise erstreckt diese Vorschrift nicht auf die Gefilden, die in den mit Bleistaub erfüllten Arbeitsräumen ihr Brot verzehren müssen. (Scheinbar war hier die Furcht des Gewerkegebers vor sittlichen Gefahren — am helllichten Tag! — eine größere als die vor der Bleitrantheit.) Ebenfalls unersichtlich mutet es heute an, daß das Waschen der Hände nur „in Räumen, in denen mit Blei gearbeitet wird“, erfolgen soll — dies Monstrum von Geseh erblidete allerdings auch im Jahr 1897 das Licht der Welt. Aber es gilt noch. Diese alten Jahrgänge gesetzlicher Bestimmungen sollten doch endlich ins Museum befördert werden. Im Buchdruckmaschinenbau z. B., der hernach nicht in einwandfreiem Zustand gehalten zu werden braucht, entwickelte sich infolge der Arbeit mit Farben usw. eine mindestens gleich gesundheitsgefährliche Atmosphäre wie in der Segelei. Auch auf diesen müßten ohne weiteres die angeführten Bestimmungen ausgedehnt werden.

In die Tat umgesetzt, würde die hier angeragte Mängelbehebung in der Gewerbeaufsicht sicherlich zu einem guten Teil der Vermeidung von Unfällen und Krankheiten und damit — der Einsparung großer Summen in der gegenwärtig so arg besetzten Sozialpolitik dienen.

zt, Betriebsratsvorsitzender.

Korrespondenzen

Nachen. Unsr Bezirks-Hauptversammlung am 22. Februar in Nachen wurde eingeleitet durch einen Wiederzug unsrer „Graphia“. Unter „Mitteilungen“ gab Vorsitzender Kiden den zahlreich erschienenen Kollegen einen Bericht von der letzten Bezirksvorsitzertorenzung in Köln und damit zugleich einen umfassenden Überblick über den Verlauf der Lohnarbeitsverhandlungen bis zum Schiedspruch und dem bekannten Nachwort des Arbeitsministers Stegerwald, nachdem nun auch die Buchdrucker mit 6 Proz. ihres Tariflohns zur „Gebung der Wirtschaft“ beitragen sollten. Begrüßend brachte die Ansprache über den Bericht sofort die starke Erregung zur Entladung, die sich in den letzten Tagen in den Gemütern aufgeseigert hatte. Unter allseitiger Zustimmung kam mehrmals zum Ausdruck, der Verbandsvorstand hätte zum Kampf aufzusehen sollen, bevor es zu der Bestimmung voranzuführenden Verbindlichkeitserklärung kam, er dürfte sich hierzu einer Mißachtungsmacht der gesamten Gewerkschaften verschreiben halten. Vereinzelt Angriffe aus den Leistungslosen in unserm Bezirk fanden energische Gegenwehr und konnten größtenteils verhindert und eingedämmt werden. Wo solche Verleumdungen noch in Aussicht gestellt sind, vertragen die Kollegen äußersten Widerstand mit allen gesellschaftlichen Mitteln. Die Jahresberichte aus den einzelnen Orten des Bezirks lassen die tarifliche und organisatorische Lage allgemein als durchaus günstig erscheinen, auch die drückende Arbeitslosigkeit vermochte das starke Band, das uns alle umschließt, nicht zu lockern. Komnte doch u. a. der Direner Vorsitzende F r e i t e r einen durchschnittlichen Vermögenszuwachs von über 80 Proz. melden. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des vor kurzem zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden Kollege Peter Strauch gewählt, im übrigen blieb der Vorstand in seiner alten Zusammenfassung. Unter „Beschiedenen“ kam noch ein Ausschlußantrag gegen ein Mitglied zur Sprache, das zu den Nazis geraten ist. Gesellschaftsmitglieder die Verarmung dem Vorwissenen zu, daß die Zugehörigkeit zu dieser Partei, die sich offen als Gegnerin der freien Gewerkschaften betante und betätigte, mit der Mitgliedschaft im Verband unvereinbar sei. Mit diesem Ausschlußantrag wird sich die nächste Monatsversammlung des Nachener Untenbergvereins zu beschäftigen haben.

Wenthen (Derschesien). Unsr Jahres-Hauptversammlung am 8. Februar war stark besucht, u. a. auch von den beiden Ortsvereinsvorsitzenden von Gleiwitz und Hünzburg. Nachdem der Vorsitzende sowie die anderen Vorstandsmittelglieder ihre Jahresberichte erstattet hatten, aus denen ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit gegeben wurde, ging man zur Neuwahl des Orts- und Bezirksvorstandes über. Selbiger wurde auf ein weiteres Jahr wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht des Bezirksvorsitzenden wäre erwähnenswert, daß der Mitgliedersitz des Bezirks am Ende des Jahres 266 und der des Orts 92 betrug. Die örtliche Reisekasse wurde von 217 durchreisenden Kollegen in Anspruch genommen. Der Kassierbericht der Ortsliste lag den Kollegen gedruckt vor. Die Lehlingszahl des Bezirks beträgt 65. Vorsitzender S e s c h dankte allen Mitgliedern für das Vertrauen, das dem alten Vorstand entgegengebracht wurde, und bat um weitere Unterstützung seitens der Mitgliedschaft. Weiter nahm die Versammlung Stellung zum Lohnabbauschiedspruch, der eine heftige Debatte hervorrief, in der die Ablehnung durch den Bezirk Wenthen gefordert wurde. Eine telegraphische Entscheidung an den Verbandsvorstand kam zur Absendung.

Danzig. Die erste diesjährige Versammlung des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) am 11. Februar erreichte durch einen Vortrag des Kollegen B e r n h a r d G u z i e w s k i, „Die Gewerkschaften 1918 bis 1930“, eine beachtenswerte Linie in der Vermittlungsgestaltung. Der Referent gab in drei Untertiteln, „Das Erreichte — Die letzten Wahlen — Die Zukunft“, eine klar gefasste Darstellung der Gesamtgewerkschaftsbewegung, wie sie seit 1918 zum Machtfaktor im Staat emporstieg, in welcher Kampfrichtung sie sich in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und gegenüber der durch das Auftreten der Nazi-Epidemie geschaffenen politischen Lage befindet, und welcher Ausblick sich für die Zukunft eröffnet. Die Ausführungen des Referenten fanden ein deutsches Echo in der nachfolgenden Ansprache, in welcher die herausgestellten Teilprobleme eine ergänzende Betrachtung erluden und insbesondere über die durch Jettsetzung erfüllte beschäftigte Nazi-Innovation in das Gewerkschaftswesen Aufklärung gegeben wurde. Ausgeführt wurde die Vermittlung ferner durch die Tagesordnungspunkte „Gesellschaftliche Mitteilungen“ an ihrem Beglun und „Beschiedenes“ nach Abschluß des Vortrags. — Vorausgegangen war der Mitgliedschaftsverammlung eine P e r t r a u s m a n n e r v e r s a m l u n g am 4. Februar, die sich neben verschiedenen organisatorischen Fragen mit einer auf dem Vorabend liegenden örtlichen Angelegenheit beschäftigte und besonders auch über den für die Kollegen im Reich gefällten Lohnabbauschiedspruch vom 2. Februar ihr stärkstes Mißfallen laut werden ließ. — Zur Vervollständigung der vorjährigen Versammlungsberichterstattung ist noch nachzutragen, daß die Gaumitgliedschaft Danzig in einer außerordentlichen Hauptversammlung ihr einstimmiges Einverständnis mit der ab 1. Januar d. J. geltenden Beitragsregelung (gestaffelte Extrabeiträge) erklärte und dadurch ihr Mitgehen in den Verbandsinstanzen in den Maßnahmen zur Wahrung der Notstandsunterstützungszahlung zu erkennen gab.

Dresden. (Drucker.) Unsr Hauptversammlung am 8. Februar ging vormittags eine Besprechung des Kreisverbandes mit den Bezirksvorsitzenden und Delegierten voraus. Interne Kreisangelegenheiten vom abgelaufenen Geschäftsjahr wurden nochmals behandelt und Richtlinien für das kommende Jahr festgelegt. Die gut besuchte Spartenversammlung wickelte sich nach schriftlich getaner Vorarbeit glatt ab. Mit einem Willkommengruß an die Anwesenden eröffnete Vorsitzender V e h m a n n die Versammlung. Er begrüßte die Vertreter des Gauverbandes, die Spartenvorsitzenden und die Bezirksdelegierten. Als Ergänzung des gedruckten Jahresberichts streifte er all die Ergebnisse des vergangenen Jahres, besonders das alte Schmerzenskind, die Maschinenbedienung. Er könne es nicht verstehen, daß sich trotz der großen wirtschaftlichen Krise, die vielen unser Mitglieder Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung brachte, noch Kollegen bereitfinden, die Druckerbestimmungen des Tarifs über die Maschinenbedienung nicht zu beachten. Solchen Sündern müßte auch der Gauverband seine Hilfe versagen, wenn sie sich aus dem Betrieb hinausgearbeitet hätten. Auf dem Druckeramt in Halle habe auch Kollege Häckermann von der Zentralkommission solche Fälle geahndet und in der anschließenden Debatte habe sich gezeigt, daß es allertors solche Kollegen gibt. Darum sollte es jedem Kollegen, besonders den noch Fernstehenden, eine Mahnung sein. Der Redner schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen zu reger Mitarbeit. Hierauf übermittelte Kollege B a u m e i s t e r die besten Wünsche des Gauverbandes und sprach sich anerkennend über die Tätigkeit der Druckerparte aus. Aus den Bezirksvereinen lagen günstige Berichte vor, besonders habe dort die Arbeitslosigkeit nicht einen so großen Umfang angenommen. Kollege L i b e r i c h gab anschließend einige Ergänzungen zum Kassierbericht. Im Vergleich zu den letzten Jahren wirkte sich auf hier die Krise aus. Er begrüßte besonders, daß die Markt Jettgebung von arbeitslosen Kollegen beim Besuch der Versammlung reichlich in Anspruch genommen worden sei, dadurch werde die Fühlung mit unsern arbeitslosen Kollegen immer aufrecht erhalten. Nach der Entlassung des Kassierers erfolgte einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Nach Erledigung der Tagesordnung fand ein Lichtbildvortrag über „Ehe, Theater, Politik und Krieg“, Karikaturen von H. Däumler, statt. Vortragender war Parteisekretär A. S e n n i g (Freital). Der Vortrag, zu dem sich auch die Frauen der Mitglieder eingefunden hatten, war feisend und belehrend.

Essen. Als Demagogie überstört „Kritik“ bezeichnet der „Typograph“ in seiner Nummer 10 Verkaufsbearbeitungen der Verbandsvereine Essen und Köln, die über die Aufnahme des Rekrutats der Lohnverhandlungen in den Mitgliedsverhandlungen berichten. Soweit Essen hierbei in Frage kommt, ist wirklich nicht zu erkennen, worin hier die Demagogie überstört Art bestehen soll. Es ist selbstverständliche Pflicht einer verantwortlichen Leitung, alle Momente derjenigen Minderheitsgruppen vor Augen zu führen, die glauben, bei solchen Gelegenheiten örtliche Aktionen progrieren zu müssen. Hierbei spielte ein Rundschreiben, das der Untenbergbund an seine Funktionäre bzw. Mitglieder herausgegeben hat, eine, wenn auch nur sekundäre Rolle. Bestand sich doch in diesem Rundschreiben die strikte Anweisung, daß die Mitglieder des Untenbergbundes bei wilden Streiks sich zur Verfügung der Prinzipale zu halten haben“. Das rechtzeitig es durchaus, daß solche Anweisungen gebührend gewirkt werden.

Hamburg. In unsr Generalversammlung am 1. März widmete Vorsitzender F r u n h e i m vier verstorbenen Kollegen Worte des Gedenkens. Arbeitslos waren Ende Februar 875 Kollegen. Kollege C o r t i begründete sodann einen Antrag des Vorstandes, wonach eine Minderung der örtlichen Leistungen für Arbeitslose und für Durchreisende eintreten soll. Die Kassienlage zwingt leider zu einem solchen Antrag. Nach längerer Ansprache (fünf Redner) wurde dieser Antrag mit 494 gegen 113 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag, den Hamburger Senat zu erlösen, mehr Staatsgelder für die Erwerbslosen herbeizuschaffen, abgelehnt worden war. Sodann gab Kollege F r u n h e i m zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht einige Erläuterungen. Er wies besonders auch auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen hin. Aus arbeitsrechtlichen Gründen müsse jeder Betrieb dafür sorgen, daß ein Betriebsrat oder Betriebsobmann gewählt werde, um sich bei Arbeitskonflikten vor Schäden zu bewahren. Nach kurzer Ansprache wurde dem Vorstand gegenwärtige Stimmen Entlassung erteilt. Auf den W a h l a u f s a t z zur G a u v o r s t a n d s w a h l wurden dann folgende Kandidaten gestellt: Kunster und Standau (erster Vorsitzender), Reindorf und Klehndeb (zweiter Vorsitzender), Corti (Kassierer), M. Cohn und Paul Müller (erster Schriftführer), Kuhmert und Rump (zweiter Schriftführer); Hatt, Natho, Sübrichter, Stoff, Grünwaldt, Erdreien, Zwirner und Wächter (Beisitzer). Von der Opposition wurde kein Kandidat von der Generalversammlung auf den Wahlaufsatz gestellt. In die Revisionskommission wurden dann Kolliger, v. D. W. und Wäges gewählt. Nach der Wahl von fünf Titularkolleuren wurde

Punkt 1, „Vereinsmitteilungen“, wieder aufgenommen. Es berichteten M. C o h n und W. M a t h o über die Verhandlungen der am 25. Februar gewählten Kommission. Diese Verhandlungen fanden am 27. Februar im „Gewerkehaus“ statt. Es wurde danach erreicht, daß bis zum Ablauf der Lohnperiode (August) keine Veränderungen oder Abbau der über Tarif bezahlten Löhne erfolgen soll und daß schon vorgenommene Löhne zurückerstattet werden müssen. Bedingungen darüber müssen unbedingt an den Gauverband gerichtet werden. Arbeitszeitverlängerung oder gar Fünftage-Abgabe bei vollem Lohn sei von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt worden. Auch bei der Arbeitsvermittlung posten die Arbeitgeber auf ihr tarifliches Recht der Wiederanforderung. Nach kurzer Ansprache wurde ein Antrag angenommen, wonach der Bericht zur Kenntnis genommen wird und über weitere Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden soll. Damit war auch ein während der Ansprache eingereicher Antrag, der zum Streit aufforberte, erledigt. Die Versammlung war von ungefähr 1200 Kollegen besucht.

Karlsruhe. (Maschinenleger.) Unsr Generalversammlung am 8. Februar ging ein Lichtbildvortrag des Vertreters der Typograph-Schmalfähnen G. m. b. H., Anton Leibeling, über „Die Typograph-Schmalfähnen“ voraus. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam Vorsitzender P e r e l e n o m a l s auf die gewerbliche Lage und die Lohnverhandlungen zu sprechen und konnte feststellen, daß die Karlsruhe Maschinenleger jeden Lohnabbau ablehnen, weil er vollkommen unberechtigt ist. Beim Jahresbericht, der gedruckt vorlag, konnte der Vorsitzende sich auf Ergänzungen beschränken. Trotz der wirtschaftlichen und gewerblichen Angunst der Zeit wurde auch im Jahr 1930 intensiv im Sinne unrer Bestrebungen gearbeitet. Auch der Kassierbericht, der vom Kollegen P l i t z e r erstattet wurde, zeigte einen erfreulich guten Stand, so daß sich die Vorstandschaft leichtem Herzens dazu versehen konnte, den anschließenden 23jährigen Jubiläum eines eingeführten Kollegen wieder herabzulegen. Die Neuwahl des Vorstandes nahm infolge Untermüdigkeit der Vorstandschaft geraume Zeit in Anspruch. Das Ende vom Liede war jedoch, daß sich die alte Vorstandschaft eine einstimmige Wiederwahl gefallen lassen mußte. Auch die technische Kommission und die Revisionen blieben die „Alten“. Mit dem Wunsch auf eine bessere Unterstützung der Tätigkeit des Vorstandes und einem Hoch auf Sparte und Verband schloß der Kollege P e r e l e n o m a l s die gut besuchte und von kollegiatem Geist besetzte Versammlung.

Koburg. Unsr Generalversammlung am 2. Februar fand am 2. Februar statt. Vorsitzender S a m u e l s i hieß die erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Aus der Tagesordnung sind besonders zu erwähnen der gut erstattete Jahresbericht des Kollegen S m o l i n s k i, der Jahreskassenbericht des Kassierers M. S e i g sowie der des Lehrstellenleiters H. N a v e. Aus allem konnte man eine fruchtbringende, intensive Arbeit des Jahres 1930 erkennen. Mit besonderer Genugtuung nahm die Kollegenschaft auch den Bericht von der Arbeit des nunmehr funktionierenden Fachauschusses bei der Sandwerksammer Koburg entgegen. Nach jahrelanger Mühe und zäher Arbeit ist dieses Kapitel nun auch zum guten Ende gekommen. Allen Funktionären auch an dieser Stelle nochmals Dank für ihre Dienste im Interesse des Verbandes. Beim Punkt „Jettsetzung der Beiträge und Leistungen“ kam man auf Vorschlag des Vorstandes dahin überein, es trotz der großen finanziellen Opfer und der dauernden Notwendigkeit vorläufig bei den alten Sätzen zu belassen. Die Kassiererei ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmittelglieder. Im Anschluß daran wurden Angelegenheiten gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Natur behandelt, an der sich die Kollegen mit regem Interesse beteiligten.

Köln. (Sandleger.) Am 1. Februar fand hier die Jahres-Hauptversammlung unrer Gauvereinigung statt. Der Vorsitzende begrüßte die Vertreter des Gauverbandes, des Bezirksvorstandes, des Bildungsverbandes sowie die Delegierten aller Vereinigungen des Gaus. Insbesondere aber gab er seiner Freude Ausdruck über die Anwesenheit des Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Otto Fiedler (Berlin). Vor Eintritt in die Verhandlungen ehrte der Vorsitzende das Andenken an die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder und gedachte deren Mitarbeiter für unse junge Sparte. Nach kurzen allgemeinen gesellschaftlichen Mitteilungen nahm Kollege F i e d l e r die Veranlassung zu längeren Ausführungen. Er überbrachte die Grüße der Zentralkommission und führte aus, daß er freudig der Einladung zur heutigen Tagung gefolgt sei, um so mehr, da die Zentralkommission das lebhafteste Interesse an der Entwicklung des Gaus Rheinlands-Westfalens habe. Der Kassierer der Gauvereinigung überbrachte anstelle des verstorbenen Gauvorsitzers Wöhner die herzlichsten Grüße des gesamten Gauverbandes und die besten Wünsche zur heutigen Tagung. Kollege R a n s e n b e r g überbrachte die Wünsche des Bezirksverbandes und Kollege T o b e r n e r die des Bildungsverbandes. Beim Jahresbericht gab der Vorsitzende ein Bild über die Tätigkeit des Vorstandes der Gauvereinigung und zeigte im besonderen Bilder des Aufbaues und der Sammlung aller Handwerkerkollegen in ihrer Sparte. Auch im vergangenen Jahre habe sich unse Gauvereinigung in aufsehender Linie befunden. Am Anfang des Geschäftsjahres zählte die Vereinigung 15 Handwerkervereinigungen, es wurden fünf Vereinigungen neu gegründet, so daß in unserm Gau nunmehr in 16 von 18 Bezirken Vereinigungen bestehen, darunter Bezirksvereinigungen mit mehreren selbständigen Ortsvereinigungen. Es seien also (Namen), gegründet am 25. Januar, eingeschlossen und 25 Vereinigungen vorhanden. Die Mitgliederzahl stieg auf rund 1700. Zum Kassierbericht, der gedruckt vorlag, beantragte der Kassierer, daß einzelne Vereinigungen mit ihren Rechnungen nicht pünktlich genug seien, was die Kassiererei erschwere. Des weiteren sprach er den Wunsch aus, daß alle Veränderungen im Bezug des „Handlegers“ vor Ablauf jedes Monats eingeleitet werden müssen. Weiterhin führte er aus, daß besonders kleinere Vereinigungen durch die Beitragszahlung für frante und arbeitslose Mitglieder an die Zentralkommission und an die Gauvereinigung finanziell sehr geschwächt würden. Er wünschte, daß die Ausgabe Wege zeigen möge, wie die finanzielle Lage in der Zukunft sich gestalten habe. Die Ansprache sowohl zum Geschäfts- wie Kassierbericht war äußerst reger und zeigte durch die Ausführungen der Delegierten, daß sie das größte Interesse für unse Sache an den Tag legten. Aus den einzelnen Ausführungen ist her-

vorzuhellen die Tätigkeit der Handfeger in Gemeinschaft mit dem Bildungsverband in und mit den übrigen Sparten. Von verschiedenen Seiten wurde einer Arbeitsgemeinschaft das Wort geredet, und es wurde auch sehr erfreuliche Ergebnisse von Vertretern verschiedener Vereinigungen angeführt, die sich für die Zukunft günstig auswirken werden. Ferner wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß nach dieser Richtung in allen Vereinigungen eine rege Tätigkeit entfaltet werden möge. Der Vorsitzende der Bielefelder Vereinigung brachte einen Antrag ein, der dahin lautete: „Jedes Vierteljahr die Eingänge der Beiträge von sämtlichen Vereinigungen an alle Vorstände zu übermitteln.“ Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen referierte Kollege F e d l e r über das Thema: „Aus der Arbeit für die Sparte“. Er schilderte alles, was jedem Handfeger als Aufgabe und Ziel vor Augen zu stehen hat: strenge gewerkschaftliche Disziplin aller Handfegerkollegen im Interesse des Verbandes. Im Zusammenhange aller Handfeger in ihrer Sparte sei die Grundlage für einheitliche Verbandsarbeit zum Wohle aller Kollegen zu erblicken. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsverband diene nicht nur zum Vorteil der Handfeger, sondern auch des Bildungsverbandes. Heute seien alle Sparten an der organisatorischen Regelung der tariflichen und gewerblichen Fragen aufs höchste interessiert, und nur durch deren intensive Mitarbeit sei es möglich, die Einheit des Verbandes hochzuhalten. Die Ausführungen des Kollegen Fiedler waren allen Teilnehmern aus der Seele gesprochen und brachten über manche bestehende Unklarheit volle Aufklärung. Die Verammlung sollte dem Redner herzlichsten Beifall. Die eingegangenen Anträge fanden rasche Erledigung. Der Antrag Düsselbors, „die Jahres-Hauptversammlung in Zukunft als Wanderversammlung zu veranstalten“, fand einstimmige Annahme. Als Ort der nächsten Tagung für die Jahres-Hauptversammlung wurde Düsselbors bestimmt. Ein weiterer Antrag: Kollege Fiedler solle im laufenden Jahre für eine Vortragstournee im Gau Rheinland-Westfalen gewonnen werden, fand einstimmige Annahme. Bei der „Festlegung der Tageselder“ wurde am vorjährigen Stand festgehalten. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch mancherlei Wünsche und Anregungen zum Ausdruck gebracht worden waren, nahm der Vorsitzende die Veranlassung, allen Teilnehmern für ihre Mitwirkung an dem guten Verlauf unserer heutigen Jahres-Hauptversammlung seinen Dank auszusprechen.

Viegnitz. In der Versammlung am 7. März wies wiederum einen Besuch von 94 Mitgliedern und 3 Durchreisenden auf. Nach einigen wichtigen Mitteilungen gab Vorsitzender E m i l S c h o l z einen umfassenden Bericht über „Kampfstänge zu den Lohnverhandlungen“. Aus diesem ging hervor, daß nicht alle Durchreisenden sich dem Schiedspruch unterworfen haben. Drei kleine Betriebe haben den alten Lohn den dort beschäftigten Mitgliedern weitergegeben. Ein anderer Betrieb wollte über das Ziel hinausschießen und noch die Leistungszulagen abbauen, was auf harten Widerstand der Belegschaft stieß. Einer Kommission des größten Betriebes gelang es, leider nicht für alle, sondern nur für einen Teil des Betriebes, eine einmalige Beihilfe entsprechend der Kinderzahl von je 10 M. zu erhalten. In einem anderen Betrieb wurde nach mehrmaliger Verhandlung die wöchentliche Arbeitszeit um eineinhalb Stunden verkürzt. Die anderen Betriebe gingen bisher leer aus. In der Kartonagenfabrik Dreitzern, in der zwei Mitglieder standen, sollten anstatt 6 Proz. auch noch die Leistungszulagen abgebaut werden. Da diese sich nicht gefallen lassen wollten, wurde ihnen kurzerhand gekündigt. Dadurch erhalten insgesamt sieben Kollegen die Maßregelungsunterstützung, weil sie die Arbeit dort trotz Hineinmüdens des Arbeitsamtes nicht angenommen hatten. Ein Mitglied wurde zum Ausschluß gestellt. Kollege Scholz ließ dabei auch seine Blide in die Ferne schweifen und besprach die eingegangenen Schreiben von Königsberg, Wiesbaden und Düsselbors. Auch das umfangreiche Zirkular des Verbandsvorstandes gelangte zur Verlesung. Nach diesem Bericht folgte eine erziehbare Aussprache, aus der herauslang, daß der Lohnabbau der Regierung zur Zeit nicht am Plage war. Der Verbandsvorstand hätte nach der Verbindlichkeitsklärung genau dasselbe tun sollen wie die Gewerkschaft der Metallindustrie im Ruhrgebiet. Die Verammlung erwartet vom Verbandsvorstand, daß er die Spatne Zeit bis August nicht verstreichen läßt und in der Zwischenzeit Maßnahmen ergreift, die einen derartigen Schiedspruch nicht wieder aufnehmen lassen. Der Ortsverein hält die feinergete gefasste Entschließung in allen Teilen aufrecht und stimmt den Entschlüssen und Anträgen von Wiesbaden und Düsselbors aus Sachlichkeitsgründen nicht zu. Der Ortsverein ist aber fest entschlossen, falls es zur Wahrheit wird, daß im Mai mit dem Abbau der Leistungszulagen begonnen wird, schärfsten Kampf den Unternehmern anzufangen. Weiter wurde beschlossen, den am Ort ausgewiesenen Kollegen auf ein weiteres Vierteljahr eine besondere Zuwendung zuteil werden zu lassen und das Blattium für ausgeübte, auf der Reise befindliche Kollegen um 50 Pf. zu erhöhen. Ferner wurde ein weiterer Druckerkollege wegen Nestierens zum Ausschluß gestellt.

Allgemeine Rundschau

Mitgliedschaftsbescheinigung bei tariflichen Anfragen. Besondere Vorkommnisse der letzten Zeit veranlassen den Verbandsvorstand, darauf hinzuweisen, daß bei allen dem Verbandsvorstand zugehenden Anfragen von Einzelmitgliedern der Nachweis als Mitglied des Verbandes (Bescheinigung des Ortsvereins) erforderlich ist. (In erster Linie kommen für solche Anfragen aber nach wie vor die Orts-, Bezirks- und Gauverbände in Frage.) Es ist dies notwendig, um Verzögerungen in der Beantwortung durch nachträgliche Feststellung der Mitgliedschaft zu vermeiden und eine mißbräuchliche Auskunftserteilung durch Nichtmitglieder zu hintanzuhalten.

Zur Beendigung des Konflikts in Königsberg. Wie aus der letzten Nummer des „Rorr.“ ersichtlich war, ist der Konflikt in Königsberg erledigt. Die Einstellung aller Arbeiter war bisher nicht möglich; etwa 100 Kollegen sind arbeitslos geworden. Aus Anfragen aus dem Reich geht hervor, daß die Königsberger Prinzipale, trotzdem Arbeits-

kräfte genügend am Orte zur Verfügung stehen, jetzt noch Königsberg aus dem Lande nach Königsberg holen wollen. Wenngleich aus Königsberg wie jeder andre Druckerort im Reich gegen Jurelle nicht gesperrt ist, muß doch angefaßt der Zahl der dort ohne Beschäftigung befindlichen anfaßigen Kollegen, unter denen sich viele Familienväter befinden, an das Solidaritätsgefühl der Wittglieder appelliert werden, die augenblickliche unangenehme Lage dieser Kollegen nicht noch mehr zu erschweren.

Rundsendungen. Die große Zahl der beim nächsten Umtausch (Ende September) in Betracht kommenden Rundsendungen macht die rechtzeitige Aufstellung und Bekanntgabe des Verbandsplanes notwendig. Der Verbandsvorstand richtet daher an die Fachauschüsse die Bitte, ihm möglichst bald mitteilen zu wollen, ob und bis wann er auf die Gehilfenprüfungsarbeiten 1931 rechnen kann. Daß der Umtausch der Gehilfenprüfungsarbeiten von großem Werte nicht nur für die Lehrlinge, sondern auch für die in den Fachauschüssen wirkenden Kollegen ist, wurde schon wiederholt, u. a. auch auf der Gallehringsleiterkonferenz zu Frankfurt a. M. 1929, zum Ausdruck gebracht. Jeder Fachauschuss sollte daher zum Ausbau dieses unfres Umtausches beitragen und seine Prüfungsarbeiten zur Verfügung stellen. Sie müssen aufgezogen und mit einer Beschreibung versehen sein.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat Februar erstreckte sich auf 204 Berichtstellen. 26 von diesen mit 3774 Mitgliedern sandten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 90 800 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 19 139 (gegen 19 470 im Januar). Verfügt arbeiteten 3699 (gegen 3836 im Januar), und zwar bis zu 8 Stunden 2195, 9 bis 16 Stunden 908, 17 bis 24 Stunden 486, 25 und mehr Stunden 110 Mitglieder.

Kampf gegen eine Vertretung der katholischen Tagespresse. Seit einiger Zeit ist in der katholischen Presse Westdeutschlands eine Konzentrierungsbewegung im Gange. Dagegen hat sich — wie wir in Nr. 10 mitteilen konnten — bereits die dem katholischen Augustinusverein angeschlossene Redakteurvereinigung fräftig zur Wehr gesetzt, die eine Entschleunigung sah, in der in sehr bemerkenswerter Weise gegen Vertretungserscheinungen innerhalb der katholischen Presse Stellung genommen wurde. Neuerdings beginnen auch die christlichen Gewerkschaften energisch Sturm zu laufen gegen die Standardisierung der katholischen Tagespresse, die insofern schon praktische Ergebnisse gezeitigt hat, als die Verleger der katholischen Tageszeitungen in M.-Gladbach, Krefeld und Cleve eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, die am 1. März ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Im Hinblick auf die sozialen Folgen, die die Zusammenlegung von Zeitungsbetrieben auf das technische Personal in der Regel hat, wünschen wir der Protestbewegung gegen Vertretungsbestrebungen vollen Erfolg.

Folgeschwere Explosion. In einer großen Pariser Drucker ereignete sich dieser Tage ein schweres Explosionsunglück. Als die Drucker die großen Rotationsmaschinen in Gang setzen wollten und hierzu den elektrischen Motor antreiben, schlug plötzlich eine hohe Stiefmaschine empor, der eine heftige Explosion folgte. Vier Arbeiter, die sich in unmittelbarer Nähe des Motors aufhielten, wurden schwer verletzt. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Explosion auf einen Funkenflug zurückzuführen ist. Die Arbeiter hatten die Gewohnheit, den Klebenbelag des Druckerfaales mit Benzin zu reinigen.

Buch aus Kordinde. Ein Buch, dessen Besonderheit darin besteht, auf Wätern aus Kordinde gedruckt zu sein, wird demnächst in Spanien erscheinen. Es handelt sich um den „Platan“, eine der kostbaren Antunabeln, die die fatalanische Sprache besitzt und die bis auf das Jahr 1600 zurückgeht. Der Herausgeber dieser originellen Ausgabe ist Octave Viader. Dieser hat sich schon durch eine Ausgabe des „Don Quixote“ bekannt gemacht, die ebenfalls auf Kordindeblättern mit gotischen Schriftzeichen fatalanischer Wegendrucke gedruckt ist.

Polnischer Postenkaut. Fünf Millionen Postkarten mit dem Bildnis des Marschalls Pilsudski sollen in Polen — hauptsächlich in den Schulen — vertrieben und dann dem Diktator zu seinem Namenstag am 19. März nach der Insel Madeira, wo er sich gegenwärtig aufhält, gefandt werden. Die aus demselben Anlaß in Warschau veranfaßten Festlichkeiten sollen eine Woche dauern. Demgegenüber weist die Lodzer „Freie Presse“ darauf hin, daß allein in Warschau 30 000 Kinder ohne Frühstück und ohne Frühstücksbrot zur Schule gehen. In anderen Städten Polens dürfte es nicht viel besser stehen.

Schwache Entspannung des Arbeitslosenlebens. Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvormittlung waren bei sämtlichen Arbeitsämtern Ende Februar 4 972 000 Arbeitsuchende vorhanden, also rund 10 000 weniger als am 15. Februar. Hiervon wurden von der Arbeitslosenversicherung rund 2,68 Millionen und von der Krisenfürsorge 908 000 Personen unterfüttert. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung betrug gegenüber dem 15. Februar annähernd 13 000 Personen, wogegen in der Krisenfürsorge eine Zunahme der Belastung um rund 48 000 Hauptunterstützungsempfänger festzustellen ist. Insgesamt wurden also Ende Februar von beiden Unterstützungseinrichtungen 3 1/2 Millionen Arbeitslose betreut. Die Zahl der von der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge unterfütterten Erwerbslosen betrug bereits Ende Januar 850 000 Personen. Für Ende Februar liegen hier noch keine genauen Ziffern vor. Jedoch kann die Zahl der Erwerbslosen, die Ende Februar Unterstützung nicht bezogen, auf mindestens 600 000 Personen geschätzt werden, worunter natürlich auch die noch in der Wartezust befindlichen Erwerbslosen zu zählen sind.

Stärkter Rückschlag des Arbeitseinkommens seit vierzig Jahren. Die Lebensstunde zeigt in Deutschland noch keine Abiegung zum Abwärts. Die deutschen Hand- und Kapfarbeiter haben eine Einkommensverminderung zu verzeichnen, wie sie schärfer noch niemals zutage getreten ist. Diese Tatsache stellte das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Vierteljahrsbericht mit folgenden Worten fest: „Der Rückschlag des Arbeitseinkommens hat neuer-

dings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten vierzig Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Vier Faktoren sind es, die gegenwärtig das Arbeitseinkommen vermindern: 1. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit; 2. die Verdiensterminderung durch Kurzarbeit; 3. der Abbau der überzähligen Beschäftigung; 4. die Entzung der Tariflöhne.“ Nach der gleichen Quelle war für das Jahr 1930 infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Verlust an Arbeitseinkommen von 3,5 bis 4 Milliarden Mark gegenüber 1929 zu verzeichnen. Die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten ist ihrem Nominalbetrag nach noch stärker zurückgegangen, als diese Zahlen des nominellen Einkommensverlustes betragen. Denn das Jahr 1930 hat eine Erhöhung der Beitragslasten zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 6,5 Proz. gebracht. Außerdem wurde das Einkommen der Beamten und Angestellten der öffentlichen Wirtschaft gekürzt. Es vollzieht sich eine Einkommensverlagerung großer Stills, indem die Beträge, die auf der einen Seite ausbezahlt werden, auf der anderen Seite dazu verwandt werden, die beschäftigungslos gewordenen wenigstens notdürftig über Wasser zu halten. Um welche Beträge es sich hierbei handelt, ist daraus zu ersehen, daß für die Unterfützung der Arbeitslosen rund 2,6 Milliarden Mark im Jahre 1930 erfordert wurden. Dieser Betrag wird sich in diesem Jahr noch vermehren. Gewiß sind die Lebenshaltungskosten etwas gesunken. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten lag 1930 um 4,3 Proz. unter der des Vorjahres. Ganz richtig bemerkt aber das Konjunkturinstitut hierzu: „Für das Arbeitseinkommen im ganzen, für das man, auf das Jahr gerechnet, mit einem Verlust von annähernd 10 Proz. rechnen darf, hat die Preisentzung die Verluste auf der Nominalseite bei weitem nicht ausgeglichen. Am schärfsten hat die Industriearbeitskraft unter den Einkommensverlusten zu leiden.“ Aus diesen Angaben geht deutlich hervor, in welcher trostlosen Lage sich die deutsche Arbeiterkraft befindet. Wenn schon eine Behörde wie das Konjunkturinstitut feststellen muß, daß die Einkommensverminderung in der heutigen Zeit in den letzten vierzig Jahren kein Gegenstück hatte, so sollte man annehmen, daß Behörden und Unternehmer hieraus die notwendigen Schlüsse ziehen. Vor allem müßte unbedingt Schluß gemacht werden mit Lohnnabnahmaaktionen unter Mitwirkung der Regierungsstellen, um die zur Unterfützung der Arbeiterkraft nicht völlig unzulässig werden zu lassen.

Beschränkung der Rückzahlung bei Kurzarbeit. In einem Erlass des Präsidenten der Reichsanstalt wird der Verordnung über Kurzarbeiterunterfützung eine Auslegung gegeben, die für alle Kurzarbeiter von Bedeutung ist. Die Arbeitsämter haben bis jetzt größtenteils die nach und nach dem Versicherungsgesetz eingefügten Paragraphen über Rückzahlung in der Lohnklasse, berufsbefähigte Arbeitslosigkeit, Anrechnung von Renten und Einkommen aus für die Berechnung der auszuschaltenden Tagesätze für Kurzarbeiter in Anwendung gebracht. Der Erlass bestimmt nun, daß die §§ 105 Absatz 3 und 4, 105a, 107a bis d und 112a und b bei Bestimmung des Tagesatzes der Kurzarbeiter keine Anwendung mehr finden. Die Festsetzung des Tagesatzes hat für Kurzarbeiter nur noch nach den §§ 105, 106 und 107 des Gesetzes zu erfolgen. Rückzahlung in der Lohnklasse deshalb, weil der Kurzarbeiter in den letzten 24 Monaten nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gefanden hat oder weil der Kurzarbeiter in einem Saisonbetriebe steht, außerdem deshalb, weil der Kurzarbeiter mehr als 13 Wochen auswärtig zu einem höheren Lohn gearbeitet hat, als er in seinem jetzigen Beschäftigungsverhältnis verdient, sowie die Anrechnung von Renten und die Anrechnung des 36 M. übersteigenden Einkommens des Ehegatten ist nicht mehr zulässig. Da der § 89a in dem Erlass nicht erwähnt ist, wird jedoch landwirtschaftlicher Besitz wie fetter auf die Kurzarbeiterunterfützung nach den Richtlinien des Landesarbeitsamtes anzurechnen sein. Affordarbeiter darf die Kurzarbeiterunterfützung nicht deshalb entzogen werden, weil sie infolge normaler Schwankungen des Affordberdienstes oder durch intensiveres Arbeiten zeitweilig mehr Lohn verdienen, als sie durchschnittlich in der verletzten Arbeitszeit erzielt haben. Für Arbeitslose selbst hat sich durch diesen Erlass in bezug auf Rückzahlung oder Anrechnung von Renten, Einkommen des Ehegatten usw. nichts geändert.

Aufhebung von Krankentafelbeiträgen nach sozialen Mitteln. Die deutsche Krankenversicherung steht und fällt mit dem Grundsatze, daß der Stärkere für den Schwächeren mit einzutreten hat. Sie unterfüttert sich damit grundfänglich von privaten Krankentafeln, die auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten keine Rücksicht nehmen, sondern die Leistungen nach der Höhe der Beiträge bemessen. In dieser Unterfützung von der privaten Krankenversicherung liegt die Hauptstärke der Sozialversicherung. Sie ist ein lebhafter Ausdruck des Solidaritätsbewußtseins. Bekanntlich stehen nun neben den sozialen Versichertenträgern der Krankenversicherung, den Orts-, Lands-, Betriebs- und Jungenskrankentafeln, noch sogenannte Ersatzversicherungsträger, die Ersatzkassen. Die Mitgliedschaft bei den Ersatzkassen befreit unter gewissen Umständen von der Mitgliedschaft bei den Ortskrankentafeln. Bemerkenswert ist, daß es den Ersatzkassen vorbehalten bleibt, den Grundlag der Solidarität in der Krankenversicherung zu durchbrechen. Die größte dieser Ersatzkassen, die sogenannte Warmer Ersatzkassa, hat nämlich ihre Beiträge bezart festgelegt, daß verhältnismäßig die am schlechtesten bezahlten Versicherten die höchsten Beiträge zu zahlen haben. Diese Kasse erhebt Beiträge in den niedrigsten Stufen bis zu 7 Proz. des Grundlohns, in den höheren Stufen dagegen entsprechend weniger. Zu diesen fast überhöhten Beiträgen kommt dann noch ein fester Zuschlag von 5 M. für Familienversicherung. Bei den gefestigten Krankentafeln werden bekanntlich für die Familienversicherung überhaupt keine Zuschläge erhoben. Trotz dieser schreienden sozialen Ungerechtigkeit bringen es die Ersatzkassen fertig, bei jeder Gelegenheit auf ihre angeblich besonders günstigen Bedingungen hinzuweisen. Die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft tut gut daran, mit dem Moment in der Hand festzuhalten, wie sich das soziale Empfinden bei den sogenannten Ersatzkassen tatsächlich auswirkt.

Ablauf wichtiger Aufwertungsstellen. Am 31. März d. J. laufen wichtige Aufwertungsstellen ab. Anträge auf Aufwertungsstellen der noch in Papiermark eingetragenen Aufwertungsypotheken in Goldmark sowie Anträge auf Wiedereintragung gelöschter Hypotheken müssen spätestens

am 31. März d. J. bei dem zuständigen Grundbuchamt eingegangen sein. Ist der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt die aufgeworfene Hypothek, und die alte Papiermarktauftragung wird von Amts wegen gelöscht.

Beziehungs-Eingänge

„Moderne Schriftsatzhefte aus Entwürfen von Druckmaschinen.“ Verlag des Buchdruckerverbandes der Deutschen Buchdrucker... in München, 1930, 12 Bände, 120 Seiten, 1,50 M. für das gesamte Heftwerk.

Gestorben

In Altenburg i. Th. am 5. März der Geschäftsführer Heinrich Schwabe, 64 Jahre alt. In Ansbach i. B. am 26. Februar der Lederdrucker Stephan W. C. ... In Berlin am 4. Februar der Sechsbühnenbau- und Bau-Verwaltungsrat Dr. ...

Belekkassen

Die Belekkassen müssen mit einwandfreien Belegmaterial besetzt und diesen vor allen Dingen nicht nach dem Inhalt des Belegmaterials zu prüfen. Mit 10. März d. J. ...

Beise- und Arbeitslofenunterstützung

Hauptverwaltung. Die Beisekassenverwalter werden gebeten, dem auf der Beise befindlichen Kollegen ... den 14. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Zentralbauvereins“ ...

Veranstaltungskalender

Chemnitz. Druckervereinigung am Sonntag, den 14. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Zentralbauvereins“ ... Dresden. Druckervereinigung am Sonntag, den 14. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Zentralbauvereins“ ...

Verbandsnachrichten

Richtig frankieren!

Wir bitten dringend, auf richtige Frankierung der Postsendungen zu achten. „Vergeltungspapiere“ dürfen nicht verschickt werden.

Herausgabe eines neuen Adressenzeichnisses

Anfang April soll das Adressenverzeichnis der Druck- und Schriftgießervereine ... herausgegeben werden. Die Vorarbeiten werden ...

Sambura-Altona. Nachfolgende Kollegen werden ersucht, ihre Karte bis zum 27. März zu legen. ... Sambura-Altona, nachfolgende Kollegen werden ersucht, ihre Karte bis zum 27. März zu legen.

Adressenveränderungen

Hilffern i. Ban. Vorsitzender: Heinrich Schüller, Anzeigebüro 7. ... Hilffern i. Ban. Vorsitzender: Heinrich Schüller, Anzeigebüro 7.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 21

(14. März 1931.) Artikel: Bräutigam auf dem Hofwege. - Märkt! - Was ist das? - Die Kunst der ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengelegte Millimeterhöhe für Stellengedruckte und angebotene sowie für Anzeigenkollegialer Schriftsatz (d. h. Vereine, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Anzeigen

Maschinenherbereinigung Braunschweig (Gau Hannover)
Sonntag, den 5. April, feiern wir im „Grotelans Steinweg-Gau“, Braunschweig, Breite Straße, unser 25-jähriges Bestehen.

Lieboldsche Begräbniskasse für Buchdrucker und deren Ehefrauen zu Leipzig
(Neu aufgedaut am 1. Oktober 1924)
Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, im Saal der „Göttinger Eiche“, Dresdener Straße 10: 6. Generalversammlung.

Zentraler Verbandsrat für alle Berufe Deutschlands (Sitz Leipzig)
Sonntag, den 4. April (Herbstferien), vormittags 9 Uhr, in der Gastwirtschaft „Gutenbergs Biergarten“ in Leipzig, findet laut Beschluss des Vorstandes und Aufsichtsrats eine Generalversammlung statt.

Erfinder! Prof. Dr. ...
Nichtlinien für den Satz fremder Sprachen
Von Paul Grunow, Oberkorrektor in der Reichsdruckerei A. R. Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage.

Frühlingstour mit Knorrs Mate!
Besichtigungen nicht vergessen! E. Voigt Kaufh. Nürnberg, Guben 25.
Typographischer
ständig und zuverlässig, Danziger Staatsangehöriger, findet dauernde Stellung.

20 Buchstaben
in zehn Bechtern mit Namen
in zehn Bechtern mit Namen
in zehn Bechtern mit Namen
Edelbuchstaben
10 Stück 3 M., 25 Stück 6,50 M., 50 Stück 10,50 M., 100 Stück 20 M. Katalog gratis. Tausende von Dankgeschreiben. 1101 Orofaktoren M. R. Schilder, Zornesstr. in Hohenheim 123.

Hamburg! Drucker!
heute, Sonnabend, 14. März, abends 7 1/2 Uhr:
Filmvortrag
im großen Vortragsaal des Gewerbehause, Holstenwall.
Kurt Großer
in Freiberg i. Sa., im Alter von 39 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1226
Die Maschinenherbereinigung im Gau Dresden.

Arthur Richter
aus Berlin, im Alter von 24 Jahren.
Am 6. März verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Druckereibesitzer, der Segenswürdigste 1237
Ferdinand Groß-Wildendorfer
aus Ebersfeld, im Alter von 73 Jahren.
Wir werden diesen beiden Kollegen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.
Oetoverein Ebersfeld.

Georg Weichardt
im Alter von 62 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1222
Johann Lehmann
im Alter von 32 Jahren an einer Lungenentzündung.
Wir werden dem selbigen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren.
Oetoverein Bremen.
Am 2. März verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Druckereibesitzer, der Segenswürdigste 1228
Freiherr Knorr
aus Nordhausen, im Alter von 72 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1228
Oetoverein Nordhausen.
Am 7. März verstarb infolge Lungenentzündung unser lieber Kollege 1228
Emil Weidewitz
aus Wahren, im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1222
Maschinenherbereinigung Wuppertal.
Am 6. März verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Segenswürdigste 1238
Freiherr Knorr
aus Nordhausen, im Alter von 72 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1228
Oetoverein Nordhausen.
Am 7. März verstarb infolge Lungenentzündung unser lieber Kollege 1228
Emil Weidewitz
aus Wahren, im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1222
Maschinenherbereinigung Wuppertal.
Am 6. März verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Segenswürdigste 1238
Freiherr Knorr
aus Nordhausen, im Alter von 72 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1228
Oetoverein Nordhausen.
Am 7. März verstarb infolge Lungenentzündung unser lieber Kollege 1228
Emil Weidewitz
aus Wahren, im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken demselben! 1222
Maschinenherbereinigung Wuppertal.